



NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

Sitzungsnummer: SB/04/2006
Gremium: Seniorenbeirat
Tag: Dienstag, 29.08.2006
Ort: Rathaus an der Volme, Sitzungsraum A.203
Beginn: 15:00 Uhr

A. TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil

1. Niederschrift der Sitzung am 27.06.2006
2. Mitteilungen
3. Bericht aus dem Sozialausschuss
- Herr Insel -
4. Öffentliche Beschlussvorlage – Indikatoren gestützter Gesundheitsbericht der Stadt Hagen, Drucks.-Nr. 0462/2006
- Beschlussfassung -
5. Öffentliche Beschlussvorlage – Barrierefreies Planen und Bauen im öffentlichen Bereich, Drucks.-Nr. 0572/2006
- gem. Anlage -
6. Gesundheitskonferenz der Stadt Hagen – Bericht aus der Arbeitsgemeinschaft „Gesunde Stadtentwicklung“
- Frau Dohms -
7. Veranstaltung Wohnen im Alter, Stand der Planungen, Bericht aus dem Arbeitskreis Öffentlichkeitsarbeit
8. Verschiedenes

Frau Sauerwein eröffnet die Sitzung um 15.00 Uhr. Sie begrüßt die anwesenden Mitglieder und teilt mit, dass der stellvertretende Vorsitzende, Herr Goecke, nach einem Herzinfarkt zur Zeit schwer erkrankt ist und auf eine REHA Maß-



nahme wartet. Sie gibt eine Karte zur Genesung in Umlauf und bittet, diese zu unterschreiben.

B. Sitzungsverlauf

I. Öffentlicher Teil

1. Niederschrift der Sitzung am 27.06.2006

Die Niederschrift über die Sitzung am 27.06.2006 wird wie vorgelegt genehmigt.

2. Mitteilungen

2.1. Frau Kreiß teilt mit, dass bezüglich der Förderung des Projektes EFI inzwischen der positive Bescheid vom Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes NRW eingegangen ist. Das Projekt wird in Kooperation zwischen der Hagener Freiwilligenzentrale und dem Seniorenbüro der Stadt Hagen durchgeführt und beinhaltet auch die Schulungen zu Senior-Trainern durch das Evangelische Erwachsenenbildungswerk Rheinland. Das Institut ISAB hat diesbezüglich seine Unterstützung angeboten, in Hagen ein eintägiges Forum durchzuführen, um anhand der Darstellung von Projektbeispielen das Erfahrungswissen von Senioren in Hagen in die Praxis umzusetzen. Zu diesem Forum werden nach Vereinbarung eines Termins Vereine, Verbände, Mitglieder des Seniorenbeirates, Vertreter aus der Kommunalpolitik etc. eingeladen. Das ISAB-Konzept ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

2.2.

Herr Verrieth berichtet, dass im Rahmen der Vorstellung des Projektes „SUSI - Senioren und Sicherheit“, am 22.08.2006 Herr Wessinghage von der Hagener Straßenbahn AG das Angebot für Interessenten unterbreitet hat, im Betriebshof der Hagener Straßenbahn an Demonstrationen und Übungen zum sicheren Verhalten an Bushaltestellen und zum Aus- und Einsteigen in die Fahrzeuge teilzunehmen. Herr Verrieth gibt für die interessierten Beiratsmitglieder eine Liste zum Eintrag in Umlauf. Nach erfolgter Terminvereinbarung mit der Hagener Straßenbahn werden diese von der Geschäftsführung schriftlich informiert.

2.3.

Frau Opitz teilt mit, dass sie am 25.08.2006 an der Veranstaltung der Vorstellung des „Masterplans-Wohnen“ teilgenommen hat. Sie empfiehlt, den Masterplan-Wohnen durch die Fachverwaltung in der nächsten Beiratssitzung vorzustellen und zu beraten. Frau Kreiß regt an, zu diesem Tagesordnungspunkt einen Referenten/eine Referentin aus der Fachverwaltung einzuladen.

3. Bericht aus dem Sozialausschuss

- Herr Insel -

Dieser Tagesordnungspunkt entfällt, da in der Zwischenzeit keine Sitzungen des Sozialausschusses stattgefunden haben



4. **Öffentliche Beschlussvorlage - Indikatorengestützter Gesundheitsbericht der Stadt Hagen - , Drucks.-Nr. 0462/2006**

- Beschlussfassung –

Die Vorsitzende begrüßt Frau Dr. Specht vom Gesundheitsamt und bedankt sich für ihre Bereitschaft, sich nochmals für Fragen des nunmehr vorliegenden Gesundheitsberichts zur Verfügung zu stellen. Sie erinnert daran, dass der Basisgesundheitsbericht in der Sitzung am 27.06.2006 aufgrund des noch nicht in Schriftform vorliegenden Berichts nicht abschließend beraten werden konnte und verweist auf die der Niederschrift beigefügten Auszüge aus dem Bericht. Sie bittet diesbezüglich um entsprechende Fragestellung und Anregungen.

Herr Ludwig stellt fest, dass der Basisgesundheitsbericht überwiegend Basisdaten aus dem Erhebungszeitraum 2001 bis 2003 verwendet. So sind beispielsweise die Zahlenangaben zu den stationären Einrichtungen in Hagen als deutlich überholt zu bezeichnen und könnten bei potenziellen Betreibern und Investoren zu Irritationen bezüglich eines vorhandenen Bedarfs an Pflegeeinrichtungen führen. Aus diesem Grunde sieht er die dringende Notwendigkeit, dass der Bericht zügig fortzuschreiben und mit aktuellem Datenmaterial zu versehen ist. Frau Klenke stellt die Frage in den Raum, ob der Bericht den Versorgungsgrad mit niedergelassenen Ärzten in Hagen, deren Qualitätsstandards und die Relation zwischen Allgemein- und Fachärzten berücksichtigt. Frau Dr. Specht beantwortet die Frage dahingehend, dass der Ärzteversorgungsgrad in Hagen dem Gesundheitsamt zwar bekannt ist, aber die Erstellung von Qualitätsstandards für niedergelassene Ärzte nicht in den Zuständigkeitsbereich des Gesundheitsamtes fällt. Diesbezüglich verweist sie u.a. auf die Broschüre „Gesund in Hagen“. Sie macht deutlich, dass es sich bei dem Basisgesundheitsbericht um einen indikatorengestützten Bericht handelt, der quantitative Unterschiede im Städtevergleich aufzeigt. Ein entsprechender Qualitätsbericht stelle dagegen einen Themenbericht dar, welcher sich wiederum nur aus einem Basisgesundheitsbericht entwickeln könnte. Dieser würde aber zusätzliche Arbeitspotenziale beim Gesundheitsamt erforderlich machen. Der Basisgesundheitsbericht stellt dagegen ein Instrumentarium dar, um in einem angemessenen Verlaufszeitraum, z.B. von fünf Jahren, Verläufe und Veränderungen darzustellen. Nach Beschluss der Gesundheitskonferenz soll der Basisgesundheitsbericht als Ausgangslage entsprechend fortgeschrieben werden.

Frau Sauerwein begrüßt, dass der Basisbericht auch den Themenkreis „Soziale Lage und Gesundheit“ thematisiert und weist darauf hin, dass sich diese Aspekte nach wissenschaftlichen Erkenntnissen gegenseitig bedingen können.

Herr Kilic weist auf den hohen Anteil an Migranten in Hagen hin. Er stellt fest, dass die Geburtenraten bei den Migranten im Vergleich zur deutschen Bevölkerung diese bei weitem übertreffen, wobei gleichzeitig ein starker Rückgang bei den Zugängen der Asylbewerber festzustellen ist. Auffällig sei auch der hohe Anteil der ausländischen Arbeitslosen und Schwerbehinderten im Vergleich zur deutschen Bevölkerung. Frau Dr. Specht verweist diesbezüglich auf die anstehenden Beratungen im Migrationsrat und macht nochmals deutlich, dass der Basisgesundheitsbericht als Metabericht verfasst worden ist und daher nicht in die Tiefe gehen kann. Aus diesem Grund sollen die Aussagen aller



beteiligten Gremien gebündelt und zur Fortschreibung des Berichts verwendet werden. Frau Dr. Specht regt an, den Fragebogen zum Basisgesundheitsbericht der Niederschrift als Anlage beizufügen und bittet die Beiratsmitglieder um Rückmeldung an das Gesundheitsamt.

Frau Sauerwein bedankt sich bei Frau Dr. Specht für deren Ausführungen und stellt den Antrag zu beschließen, dass der Seniorenbeirat den indikatorengestützten Gesundheitsbericht zur Kenntnis nimmt. Über den Antrag wird abgestimmt.

Beschluss:

1. Die Hager Gesundheitskonferenz hat in der Sitzung am 05.04.2006 den Bericht „Indikatorengestützter Basisgesundheitsbericht der Stadt Hagen 2005“ verabschiedet. Der Bericht ist fortzuschreiben.
2. Für die Stadt Hagen entstehen – auch bei der Durchführung der empfohlenen Maßnahmen – keine zusätzlichen finanziellen Belastungen.
3. Die Empfohlenen Maßnahmen betreffen ausschließlich örtliche Zuständigkeiten nach § 5 der Ausführungsverordnung nach dem Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst.
4. Dem Rat der Stadt wird empfohlen, den Gesundheitsbericht zur Kenntnis zu nehmen.

Abstimmungsergebnis:

X Einstimmig beschlossen

Dafür: 15

Dagegen: ... 0

Enthaltungen: 0

5. Öffentliche Beschlussvorlage - Barrierefreies Planen und Bauen im Öffentlichen Bereich -, Drucks.-Nr. 0572/2006 - gem. Anlage -

Frau Kreiß erläutert die Vorlage. Sie berichtet, dass der Rat der Stadt Hagen bereits im Jahre 1999 beschlossen hatte, öffentliche Neu- und Umbauten barrierefrei zu gestalten. Zudem kam im Jahre 2004 ergänzend das Behindertengleichstellungsgesetz des Landes NRW hinzu, welches die Kommunen verpflichtet, nicht nur aktiv zu gestalten, sondern aktiv zu handeln, um Benachteiligungen behinderter Menschen in öffentlichen Räumen abzubauen. Die barrierefreie Gestaltung von öffentlichen Gebäuden, Straßen, Wegen und Plätzen ist dabei ein wichtiger Bestandteil, um diese Ziele zu erreichen. Die mit der Vorlage versandte Checkliste wurde vom Arbeitskreis der Behindertenkoordinatoren in NRW erarbeitet und dient inzwischen zahlreichen Gemeinden als verbindliche Arbeitsgrundlage. Diese Liste konkretisiert und zeigt anhand anschaulicher Beispiele den Sinn barrierefreien Bauens auf und beinhaltet Standards für den öffentlichen Bereich. Die Checkliste soll dazu dienen, diese Standards für die Stadt Hagen verbindlich festzulegen. Bezüglich des ursprünglichen Beschlussvorschlages des Behindertenbeirates haben



einige Bezirksvertretungen sowie der Haupt- und Finanzausschuss wegen der formulierten Verbindlichkeit und möglicher finanzieller Auswirkungen ihre Bedenken geäußert und den Behindertenbeirat gebeten, den Beschlussvorschlag zu überarbeiten. Der Behindertenbeirat hat daraufhin in seiner Sitzung am 24.08.06 den ursprünglichen Beschlussvorschlag wie folgt verändert:

Punkt 1 wurde um folgende Wörter ergänzt:

„...ist grundsätzlich anzuwenden und gilt...“ und Punkt 2 wurde um folgenden Satz ergänzt: „In Abstimmung mit dem Behindertenbeirat können von der Checkliste abweichende Lösungen erarbeitet werden.“

Frau Kreiß empfiehlt, dem Beschluss in der geänderten Fassung zuzustimmen. Nach kurzer Diskussion wird nach Vorschlag der Vorsitzenden über den Beschlussvorschlag in der vom Behindertenbeirat am 24.08.2006 geänderten und ergänzten Fassung abgestimmt.

Beschluss:

1. Die beigegefügte Checkliste „Barrierefreies Planen und Bauen im öffentlichen Bereich“ in der jeweils vom Arbeitskreis der Behindertenkoordinatoren in NRW erarbeiteten Fassung bildet die verbindliche Grundlage für künftiges Planen und Bauen in kommunaler Verantwortung. Sie ist grundsätzlich anzuwenden und gilt auch für Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Sanierungs- und Renovierungsmaßnahmen sowie bei Anmietungen.
2. Der Behindertenbeirat der Stadt Hagen ist rechtzeitig während der Planungsphase einzubeziehen. In Abstimmung mit dem Behindertenbeirat können von der Checkliste abweichende Lösungen erarbeitet werden.
3. Der Beschluss wird ab 01.09.2006 umgesetzt

Abstimmungsergebnis:

X Einstimmig beschlossen

Dafür: 15

Dagegen: 0

Enthaltungen: 0

6. Gesundheitskonferenz der Stadt Hagen - Bericht aus der Arbeitsgemeinschaft 'Gesunde Stadtentwicklung'

- Frau Dohms -

Frau Dohms teilt mit, dass im Februar 2005 die Hagener Gesundheitskonferenz den Beschluss gefasst hat, eine Arbeitsgruppe „Gesunde Stadtentwicklung“ einzurichten. Diese hat sich auf die Thematik der Innenraumbelastung in Wohnräumen und der Entwicklung eines umfassenden Beratungskonzeptes mit dem Schwerpunkt von Schimmelpilzbelastungen in Wohnräumen verständigt. Dabei werden bautechnische, rechtliche, gesundheitliche Faktoren, sowie auch das Nutzerverhalten unter Heranziehung von Fachleuten erfasst. Zielsetzung war, diese Faktoren in einer allgemein verständlichen Broschüre zusammenzufassen, welche den Mietern und Vermietern als Leitfaden dient und lokale Ansprechpartner für betroffene Mietparteien benennt. Im April 2006 wurde in der Gesundheitskonferenz beschlossen, dass die Arbeitsgemeinschaft diesen Ratgeber erstellen soll. Zusätzlich wurde beschlossen, die Ar-



beitsgruppe zu beauftragen, ein Berichtswesen mit geeigneten Gesundheitsindikatoren aufzubauen, um somit einen Beitrag zur Bewertung der gesamtstädtischen Entwicklung und der ökologischen Bauberatung zu leisten.

Frau Opitz stellt die Frage, inwiefern die Broschüre die mietrechtlichen Aspekte berücksichtigt. Frau Dohms teilt mit, dass diesbezüglich die Verbraucherzentrale NRW einbezogen ist.

7. Veranstaltung Wohnen im Alter, Stand der Planungen, Bericht aus dem Arbeitskreis Öffentlichkeitsarbeit

Herr Verrieth verweist auf den als Tischvorlage vorliegenden Flyerentwurf zur Veranstaltung am 25. Oktober 2006 in Hohenlimburg. Auf Anfragen teilt er mit, dass der geplante Programmverlauf, wie in dem Flyer aufgeführt, mit großer Wahrscheinlichkeit auch so zur Durchführung kommt. Die erstellten Flyer werden an die entsprechenden Hohenlimburger Vereine, Verbände, Kirchengemeinden etc. versandt und sowohl in der Verwaltung als auch in Apotheken etc. ausgelegt.

8. Verschiedenes

Bezüglich der Öffentlichkeitsarbeit berichtet Frau Werkmüller vom Stadtsportbund anhand einiger Beispiele über Schwierigkeiten mit der Hagerer Presse bei der Veröffentlichung von vorbereiteten Presseartikeln über angebotene Veranstaltungen für Hagerer Senioren. Aus diesem Grunde konnten angebotene Veranstaltungen, unter anderem zu den Themen Seniorensport und Seniorenreisen, durch die Senioren nur unzureichend wahrgenommen werden. Sie stellt fest, dass ihrer Auffassung nach die Hagerer Senioren in der örtlichen Presse nicht über die entsprechenden Lobby verfügt.

Frau Sauerwein weist auf die Arbeitsgemeinschaft Öffentlichkeitsarbeit des Seniorenbeirates hin und regt an, dass diese sich in einer Sitzung mit der dargestellten Problematik befassen soll. Frau Opitz stellt die Frage nach dem Termin der Arbeitsgemeinschaft Öffentlichkeitsarbeit und teilt mit, dass sich der Arbeitskreis die Frage stellen müsse, wie er neben den bereits aktiven Senioren auch diejenigen Senioren, welche nicht an Organisationen angebunden und nicht Mitglieder in Vereinen sind, durch eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit erreichen kann. Frau Peters und Frau Sauerwein weisen darauf hin, dass das EFI-Projekt eine geeignete Basis darstellt, um unter anderem auch die Presseöffentlichkeitsarbeit zu intensivieren. Ein Termin für die Arbeitsgemeinschaft Öffentlichkeitsarbeit steht noch aus.

Frau Dohms weist auf die in den öffentlichen Hagerer Einrichtungen ausliegende Zeitschrift „Netzwelt“ der Hagerer Selbsthilfegruppen hin. Aktuelles Titelthema ist „Patientenrechte in Deutschland“ mit Angabe von Ansprechpartnern.

Frau Sauerwein teilt mit, dass am 09.09.2006 im Haus der Begegnung in der Hochstraße 83c der Tag der Heimat begangen wird und am 23. September 2006 in Kückelhausen das „Märkische Lernfest“ stattfindet.





C. ANWESENDE

Frau Hildegard Brinkmann
Frau Ulla Dohms
Frau Irmgard Domröse
Herr Erich Ensberg
Frau Elisabeth Fenselau
Herr Werner Geitebrügge
Herr Mike Hermanns
Frau Ursula Hirsch
Herr Norbert Insel
Herr Mehmet Kilic
Herr Hans Klapper
Herr Günter Klasen
Frau Margot Klenke
Herr Rüdiger Ludwig
Herr Gerhard Mattern
Frau Margit Opitz
Frau Ruth Sauerwein
Frau Helmi Verbeek
Frau Beate Wiewiorka

Deutsches Rotes Kreuz
Parität. Wohlfahrtsverb.
CDU-Fraktion
Caritasverband
Diakonisches Werk
Parität. Wohlfahrtsverb.
Fraktion Die Linke.PDS
Diakonisches Werk
SPD-Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen
DGB
ver.di
ver.di
Deutsches Rotes Kreuz
Fraktion Bürger für Hagen
Arbeiterwohlfahrt
Bündnis 90/Die Grünen
Caritasverband
Diakonisches Werk

Sitzungsende:

Die Vorsitzende schließt die Sitzung um 16.00 Uhr

Ruth Sauerwein
Vorsitzende

Schriftführer